

Schuldsprüche wegen versteckter Kamera für anonymisierte Branchenkritik im «Kassensturz» missachten die EMRK

Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (2. Kammer)
«Haldimann u.a. c. Schweiz» vom 24. Februar 2015 (N° 21830/09)

Résumé Des condamnations pour des enregistrements au moyen de caméras cachées ne sont conformes aux droits de l'homme que si l'intérêt général du public à obtenir l'information est plus faible que l'intérêt à la protection des personnes enregistrées à leur insu (droit à leur propre parole et image, ainsi que la protection de leur réputation). Les juges de Strasbourg ont déjà établi six critères pour la mise en balance des intérêts, parmi lesquels l'on trouve le fait que l'information est susceptible de contribuer au débat sur un sujet d'intérêt général. Ceci est le cas pour les thèmes portant sur la protection des droits des consommateurs, tel que la mauvaise qualité du conseil délivré par des courtiers en assurances privées. L'atteinte à la vie privée est limitée, si le reportage télévisé se concentre sur la branche critiquée et non sur le courtier individuel, dont le visage a été flouté et la voix modifiée lors de la diffusion. Dans ce cas, même des peines d'une relative légèreté, prononcées contre des journalistes respectueux des règles de déontologie journalistique, violent la liberté d'expression (art. 10 CEDH).

Zusammenfassung Schuldsprüche wegen verbotener Aufnahmen mit versteckter Kamera sind nur menschenrechtskonform, wenn das Informationsinteresse des Medienpublikums leichter wiegt als die Schutzinteressen der heimlich aufgenommenen Personen (Recht am eigenen Wort und Bild sowie Wahrung des guten Rufs). Massgebend sind die sechs Abwägungskriterien der Strassburger Rechtsprechung, u.a. das öffentliche Interesse am Medienbericht. Dieses ist bei Konsumentenschutzthemen wie der mangelhaften Versicherungsberatung sehr gross. Der Eingriff ins Privatleben ist beschränkt, falls der Fernsehbericht primär auf die kritisierte Branche zielt und weniger auf den einzelnen Berater, dessen Gesicht und Stimme die Redaktion für die Ausstrahlung verfremdet hat. Diesfalls missachten auch relativ geringfügige Strafen gegen die – ihre medienethischen Berufsregeln respektierenden – Fernsehleute die Meinungsfreiheit (Art. 10 EMRK).

Stichworte Anonymisierung; Ansehen; Berufsethik; Branchenkritik; Einwilligung; heimliche Aufnahmen; Konsumentenschutz; Medienfreiheit; Nichtöffentlichkeit; öffentliches Interesse; Privatleben; public figure; Recht am eigenen Bild; Recht am eigenen Wort; Rechtfertigungsgrund; Reputation; versteckte Kamera; Wahrung berechtigter Interessen

Bestimmungen Art. 8, 10 EMRK

Sachverhalt (Zusammenfassung)

Durch Jahresberichte der Ombudsstelle für Privatversicherungen und durch Zuschriften aus dem Publikum wurde die Redaktion der SRG-Fernsehsendung «Kassensturz» 2003 auf das Problem unzureichender Kundenberatungen durch Versicherungsvertreter aufmerksam. Eine «Kassensturz»-Redaktorin beschloss nach Rücksprache mit ihren Vorgesetzten zur Dokumentation von Fehlleistungen der Versicherungsvertreter konkrete Beratungsgespräche mit versteckter Ton-Bild-Kamera aufzunehmen. Die Beratungsgespräche wurden in der Privatwohnung einer Kollegin der Redaktorin durchgeführt und von einem Versicherungsexperten beurteilt. 1

Auf telefonische Anfrage erschien ein Versicherungsberater der Firma B. am 26. Februar 2003 zu einem Gespräch mit einer «Kassensturz»-Journalistin. Sie trat als Kundin auf und spiegelte ein Interesse für den Abschluss einer Lebensversicherung der Säule 3a vor. Der Versicherungsexperte und die Redaktorin sassen in einem Nebenzimmer und verfolgten die Aufnahme des Beratungsgesprächs auf einem Monitor. Im Anschluss an das Gespräch betrat die Redaktorin das Zimmer und erklärte dem Berater, die Konversation sei mit versteckter Kamera aufgezeichnet worden. Sie warf dem Versicherungsvertreter eine schlechte Vorsorgeberatung und kapitale Fehler vor. Die Redaktorin gab dem Berater die Gelegenheit zu einer Stellungnahme, was dieser – wie später auch seine Ar- 2

beitgeberin – ablehnte. «Kassensturz» sicherte schriftlich zu, die Aufnahmen des Beraters würden bei der Ausstrahlung des Gesprächs auf jeden Fall verfremdet.

- 3 Nachdem der Berater beim Bezirksgericht mit einer Zivilklage vergeblich ein vorsorgliches Publikationsverbot verlangt hatte, strahlte «Kassensturz» am 25. März 2003 Ausschnitte aus dem Beratungsgespräch aus. Die Redaktion machte die Aufnahmen der Stimme und des Gesichts (durch Verpixelung) weitgehend unkenntlich.
- 4 In ihrer Anklageschrift vom 17. März 2006 beantragte die Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland, drei SRG-Mitarbeitende seien wegen Aufnehmens fremder Gespräche (Art. 179^{bis} Abs. 1 und 2 StGB) und die Journalistin wegen unbefugten Aufnehmens von Gesprächen (Art. 179^{ter} Abs. 1 StGB) zu verurteilen. Von diesen Vorwürfen sprach der Einzelrichter in Strafsachen des Bezirks Dielsdorf die vier angeklagten Medienleute am 29. August 2006 frei. Das Obergericht des Kantons Zürich kam hingegen am 5. November 2007 zu Schuldsprüchen. Im Urteil 6B_225/2008 vom 7. Oktober 2008 bestätigte das Bundesgericht die Strafbarkeit des Chefredaktors Haldimann, des «Kassensturz»-Redaktionsleiters, der Redaktorin und der Journalistin (vgl. medialex 2008, 180ff.).
- 5 Das aufgenommene Gespräch fällt gemäss Bundesgericht unter den Schutzbereich von Art. 179^{bis} und 179^{ter} StGB, weil es ein nichtöffentliches war. Ob die Konversation zum Geheim- oder Privatbereich des Versicherungsberaters gehörte, sei für die Strafbarkeit nicht massgebend. Das tatbestandsmässige Verhalten der Fernsehleute war nach den Ausführungen des Bundesgerichts nicht durch den aussergesetzlichen Rechtfertigungsgrund der Wahrung berechtigter Interessen gedeckt. Dieser setze nach schweizerischer Rechtsprechung voraus, dass die Straftat ein zur Erreichung des berechtigten Ziels notwendiges und angemessenes Mittel ist, sie insoweit den einzig möglichen Weg darstellt und offenkundig weniger schwer wiegt als die Interessen, welche der Täter zu wahren sucht. Zur Wahrung des berechtigten Interesses an kritischen Medienberichten über mangelhafte Kundenberatung im Privatversicherungsgeschäft habe es die versteckten Aufnahmen jedoch nicht gebraucht. Für die Öffentlichkeit von Interesse sei das Ausmass schlechter Beratungsgespräche, nicht aber das bekannte Phänomen eines einzelnen ungenügenden Gesprächs eines konkreten Vertreters. Selbst wenn das aufgenommene Gespräch ein Indiz für einen herrschenden Missstand wäre, hätte die Redaktion das Publikumsinteresse nach Auffassung des Bundesgerichts auch ohne Rechtsverstoss befriedigen können. So hätte die Journalistin auf Grund von Notizen über das Gespräch berichten können.
- 6 Chefredaktor, Redaktionsleiter und Redaktorin wurden mit bedingten Geldstrafen von 12 Tagessätzen (zu Fr. 350.— bzw. Fr. 200.— bzw. Fr. 100.—) bestraft, die Journalistin mit einer bedingten Geldstrafe von 4 Tagessätzen zu Fr. 30.—. In ihrer Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) machten sie einen Verstoss gegen die Meinungsfreiheit (Art. 10 EMRK) geltend.

Erwägungen (Zusammenfassung)

- 7 Die 2. Kammer des EGMR hält in ihrer Urteilsbegründung fest, die Schuldsprüche beschränkten fraglos die Meinungsfreiheit (Ziff. 34). Sie seien daher nur konventionskonform, wenn sie die Voraussetzungen von Art. 10 Abs. 2 EMRK (gesetzliche Grundlage, legitimer Eingriffszweck und Notwendigkeit) erfüllen. Die Grundlage im schweizerischen Gesetzesrecht sei ausreichend (Ziff. 36-40): Das strafbare Verhalten war mit ausreichender Klarheit umschrieben und die Fernsehleute konnten als Medienprofis abschätzen, dass das versteckte Aufnehmen strafbar ist. Die gesetzlich abgestützte Verurteilung der Medienleute diene dem in Art. 10 Abs. 2 EMRK erwähnten legitimen Eingriffszweck, den guten Ruf und die Rechte des Versicherungsberaters zu schützen. Dessen Recht auf das eigene Bild, das eigene Wort und die Wahrung seiner Reputation waren trotz der Anonymisierung tangiert (Ziff. 41-43).
- 8 Hinsichtlich der Notwendigkeit des Eingriffs erinnert der Gerichtshof daran, dass auch der Schutz des guten Rufs konventionsrechtlich garantiert ist (als Teilgehalt des Privatlebens nach Art. 8 EMRK). Für den Konflikt von Meinungsfreiheit und Wahrung der Reputation hat der Gerichtshof im Axel Springer-Urteil von 2012 sechs Kriterien entwickelt (vgl. medialex 2012, 72f.: «Berechtigt: identifizierender Zeitungsbericht über festgenommenen Schauspieler»). Dieser Kriterienkatalog sei auch im vorliegenden Fall massgebend. Ziff. 50: «Dans sa jurisprudence antérieure la Cour a eu à traiter des affaires concernant des atteintes à la réputation personnelle de personnages publics (Axel Springer AG c. Allemagne [GC], no 39954/08, 7 février 2012). Elle rappelle avoir déjà établi six critères à analyser en cas de la mise en balance du droit à la liberté d'expression et du droit au respect de la vie privée: la contribution à un débat d'intérêt général, la notoriété de la personne visée et l'objet du reportage, le comportement antérieur de la personne concernée, le mode d'obtention des informations et leur véracité, le contenu, la forme et les répercussions de la publication et la gravité de la sanction imposée (Axel Springer AG, précité, §§ 90-95).» Falls die nationalen Gerichte bei ihrer Güterabwägung den vom EGMR entwickelten Kriterienkatalog respektieren, setze der Gerichtshof sein Ermessen nur aus guten Gründen («raisons sérieuses») an die Stelle der landesinternen Justiz (Ziff. 55).
- 9 Der EGMR macht deutlich, dass sich die hier zu beurteilende Angelegenheit von den bisher entschiedenen Fällen über journalistische Kritik an öffentlichen Personen (public figures) unterscheidet: Der Fernsehbericht im

«Kassensturz» zielte nicht auf das persönliche Verhalten des Versicherungsvertreters, sondern auf bestimmte Praktiken der kritisierten Branche. Die Reportage hatte daher bloss einen beschränkten Einfluss auf die Reputation des Beraters. Diesem besonderen Aspekt sei bei der Anwendung des Kriterienkatalogs Rechnung zu tragen (Ziff. 52).

Am fraglichen Konsumentenschutzthema schlechter Versicherungsberatungen bestand ein sehr grosses öffentliches Interesse («un débat qui était d'un intérêt public très important»; Ziff. 56). Die Reportage war geeignet, zur Erörterung dieser allgemein interessierenden Frage beizutragen. Ob die Sendung das angestrebte Ziel vollständig erreichte, ist für den EGMR hingegen nicht massgebend. Ziff. 57: «Pour la Cour, il est également important d'examiner si le reportage en cause était susceptible de nourrir le débat public sur le sujet (Stoll c. Suisse [GC], no 69698/01, § 121). À cet égard, le Tribunal fédéral considère que si le sujet pouvait, en soi, relever d'un intérêt public s'il avait cherché à déterminer l'ampleur du phénomène, le reportage incriminé n'apportait aucun élément nouveau à la problématique de la mauvaise qualité des conseils. En outre, d'autres procédés, moins attentatoires aux intérêts du courtier, auraient permis d'aborder cette problématique. Aux yeux de la Cour, seule importe la question de savoir si le reportage était susceptible de contribuer au débat d'intérêt général et non de savoir si le reportage a pleinement atteint cet objectif.» 10

Für die Abwägung falle ins Gewicht, dass die SRG-Mitarbeitenden gutgläubig bemüht waren, getreu den medienethischen Berufsregeln verlässliche Informationen zu liefern. Ein bewusster Verstoß gegen die Vorgaben des schweizerischen Presserates über verdeckte Recherchen sei ihnen nicht anzukreiden. Ziff. 61: «(...) La Cour observe que si les parties se réfèrent à différentes sources, elles s'accordent néanmoins, en substance, sur le fait que l'utilisation de la caméra cachée n'était pas prohibée de manière absolue en droit interne, mais qu'elle pouvait être autorisée à des conditions strictes (voir respectivement §§ 29 et 32 ci-dessus). Selon elles, une telle utilisation n'était permise que lorsqu'il existe un intérêt public prépondérant à la diffusion des informations et pour autant que les informations obtenues ne puissent pas l'être d'une autre manière. La Cour a déjà établi que le sujet du reportage répondait à une question d'intérêt général. Ce qui est important aux yeux de la Cour, à ce stade, c'est l'analyse du comportement des requérants. À cet égard, si la Cour estime que le courtier peut légitimement s'être senti leurré par les requérants, elle est néanmoins d'avis qu'on ne peut leur reprocher un comportement délibérément contraire aux règles déontologiques. Ces derniers n'ont en effet pas ignoré les règles journalistiques telles que définies par le Conseil suisse de la presse (voir § 29 ci-dessus) limitant l'usage de la caméra cachée mais ont plutôt conclu – à tort selon la plus haute juridiction suisse – que l'objet de leur reportage devait les autoriser à faire usage de la caméra cachée. La Cour note que cette question n'a pas fait l'unanimité au sein même des juridictions suisses, qui ont, en première instance, acquitté les requérants de toute condamnation pénale. Partant, la Cour est d'avis que les requérants doivent bénéficier du doute quant à leur volonté de respecter les règles déontologiques applicables au cas d'espèce, s'agissant du mode d'obtention des informations.» 11

Die bloss Aufnahme des Gesprächs habe die Interessen des Beraters lediglich geringfügig tangiert, da nur ein beschränkter Personenkreis Zugang zur Aufnahme hatte (Ziff. 64). Die spätere Ausstrahlung der heimlich aufgenommenen Bilder hingegen beschränkte sein Privatleben stärker. Allerdings enthüllten die im «Kassensturz» gezeigten Aufnahmen nur seine Haarfarbe und seine Kleidung; sie entstanden auch nicht in seinem Büro. Der Eingriff ins Privatleben des Vertreters war daher nicht so gravierend, dass er schwerer wog als das Interesse des Publikums an Informationen über die behaupteten Mängel im Versicherungsgeschäft. Ziff. 65: «Cet enregistrement a été diffusé ensuite sous forme de reportage, particulièrement péjoratif à l'égard du courtier, comme la Cour l'a déjà relevé. Quoique brève, la diffusion de séquences de l'enregistrement était susceptible de porter une atteinte plus importante au droit du courtier à sa vie privée, puisque de nombreux téléspectateurs – environ dix mille selon le Gouvernement – ont pu en prendre connaissance. Or, la Cour ne méconnaît pas que les médias audiovisuels ont des effets souvent beaucoup plus immédiats et puissants que la presse écrite (Jersild c. Danemark, 23 septembre 1994, § 31). L'audience a ainsi pu se forger sa propre opinion sur la qualité des conseils et sur le manque de professionnalisme du courtier. Cela étant, il est déterminant en l'espèce que les requérants ont pixélisé le visage du courtier d'une façon telle que seule la couleur de ses cheveux et de sa peau transparaissait encore après cette transformation de l'image. Sa voix a elle aussi été modifiée. De la même manière, la Cour souligne que si les vêtements du courtier étaient visibles, ceux-ci ne présentaient pas non plus de signe distinctif. Enfin, l'entretien ne s'est pas déroulé dans des locaux que le courtier fréquente habituellement.» 12

Obwohl die Reportage ausgestrahlt werden konnte und die ausgefallenen Strafen relativ geringfügig waren, versties sie gegen die Meinungsfreiheit. Die strafrechtliche Verurteilung könne zu einem künftigen Verzicht der Medien auf kritische Berichterstattung führen («peut tendre à inciter la presse à s'abstenir d'exprimer des critiques»; Ziff. 67). 13

Der Gerichtshof heisst die Beschwerde mit 6 gegen 1 Stimmen gut. In seinem abweichenden Minderheitsvotum hält der belgische Richter Paul Lemmens fest, die massgebenden Strafnormen (Art. 179^{bis} und 179^{ter} StGB) dienten nicht dem Schutz des Privatlebens einzelner Betroffener, sondern allgemein der Vertraulichkeit nichtöffentlicher Gespräche. Die Anwendung der sechs Kriterien des Urteils Axel Springer AG sei daher nicht gerechtfertigt. Besser hätte der Gerichtshof den Ansatz im Fall «Stoll c. Schweiz» (medialex 2008, 34ff.) verfolgt, bei dem es um die Wahrung der Vertraulichkeit bestimmter Informationen gegangen war. Die Abschirmung privater Ge- 14

sprache habe in der Schweiz ein nicht zu vernachlässigendes Gewicht. Das Bundesgericht habe den Medienleuten nicht zugestanden, das Strafgesetzbuch zu brechen. Die bundesgerichtliche Abwägung der auf dem Spiel stehenden Interessen sei weder willkürlich noch unvernünftig gewesen.

-
- 15 **Anmerkungen** Endlich. Im Falle der 2003 gemachten heimlichen «Kassensturz»-Aufnahmen musste ein Dutzend Jahre verstreichen, bis der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seine klärenden Worte gesprochen hat. Das Strassburger Urteil war nicht nur in der Schweiz mit wachsender Ungeduld und Spannung erwartet worden. Es war klar, dass der Gerichtshof Neuland betreten würde, denn er hatte sich erstmals mit dem journalistischen Einsatz der versteckten Kamera zu befassen (wie auch der EGMR in seinem Pressecommuniqué betont). Diese Thematik dürfte in fast allen der 47 EMRK-Vertragsstaaten interessieren.
- 16 Die besondere Tragweite des Falles wird nicht zuletzt durch die Eingabe der Media Legal Defence Initiative (MLDI) in Strassburg dokumentiert. Die 2008 gegründete Nichtregierungsorganisation nahm im Rahmen einer Beteiligung Dritter (Art. 36 Abs. 2 EMRK) gegenüber dem Gerichtshof Stellung. Sie unterstrich die grosse Bedeutung heimlicher Aufnahmen für die Enthüllung von Missständen durch investigative Medienleute. Deshalb erlaubten viele europäische Staaten den Einsatz versteckter Kameras. MLDI-Direktor Nani Jansen hat den Richterspruch in einem Beitrag auf dem Blog Strasbourg Observers denn auch begrüsst (<http://strasbourgobservers.com/2015/03/12/ecthr-vindicates-hidden-cameras-role-in-watchdog-journalism/> (26.03.2015)). Sei der Gebrauch heimlicher Aufnahmen wegen der rechtlichen Risiken bislang als unsicher eingestuft worden, so erleichtere das EGMR-Urteil diese journalistische Technik – falls bestimmte Kriterien erfüllt sind.
- 17 Erwartungsgemäss hat der Gerichtshof die Angelegenheit wie üblich aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalles beurteilt und nicht allgemein grünes Licht für den Einsatz versteckter Kameras gegeben. Wurde das Strassburger Urteil in ersten öffentlichen Reaktionen deshalb voreilig und unbedacht als Durchbruch für den investigativen Journalismus gefeiert, wie Hugh Tomlinson auf Inforrms's Blog kritisiert? Angesichts der fallbezogenen Betrachtungsweise erlaubt die Urteilsbegründung nach Tomlinsons Auffassung keine generellen Schlussfolgerungen und ist sie nur von geringem Interesse für die Allgemeinheit. Dass die Bestrafung der vier SRG-Leute angesichts ihres Bemühens um die Anonymisierung des Versicherungsvertreters konventionswidrig war, war für Tomlinson denn auch keine Überraschung (<https://inform.wordpress.com/2015/03/06/case-law-strasbourg-haldimann-v-switzerland-conviction-for-secret-filming-breached-article-10-hugh-tomlinson-qc/> (26.03.2015)). Tomlinsons letzte Einschätzung verdient Zustimmung: Es sprang schon 2008 ins Auge, dass sich das Bundesgericht mit seiner Argumentation auf menschenrechtlich dünnes Eis begeben hatte (vgl. etwa die kritischen Anmerkungen von Franz Riklin in *medialex* 2008, 184f.). Dass es in Strassburg brechen würde, war zu vermuten.
- 18 Zu widersprechen ist hingegen der Auffassung, das erste EGMR-Urteil zum Einsatz versteckter Kamera zur Enthüllung allgemeiner Missstände entbehre einer über den Einzelfall hinaus weisenden Bedeutung. Zwar mag im In- und Ausland weithin anerkannt sein, dass heimliche Aufnahmen mitunter erlaubt sind und die Rechtmässigkeit stets von einer Güterabwägung abhängt, welche letztlich die Verhältnismässigkeit des journalistischen Vorgehens im fraglichen Einzelfall ins Zentrum stellt. Aus den fallbezogenen Überlegungen des EGMR in der Sache «Kassensturz» lassen sich aber durchaus verallgemeinerungsfähige Erkenntnisse gewinnen. Zumindest für die exemplarische Berichterstattung über fragwürdige Zustände bestimmter Berufsbranchen oder Gesellschaftszweige handelt es sich hier um ein Leiturteil.
- 19 Das – weit über den Fall des 2003 durch SF DRS aufgezeichneten Beratungsgesprächs hinaus weisende – Grundproblem der bundesgerichtlichen Urteilsbegründung bestand darin, dass die dort gewählte rigide Argumentationslinie faktisch kaum mehr Raum für irgendeinen journalistischen Einsatz versteckter Kameras offen liess. Man konnte dem Bundesgericht zwar nicht vorwerfen, es habe jegliche Abwägung unterlassen. Seine Beurteilung war aber derart defizitär, dass sie im Ergebnis einem generellen Verbot heimlicher journalistischer Aufnahmen nahe kam. Die bundesgerichtliche Abwägung befasste sich kaum mit der relativen Geringfügigkeit des Eingriffs in die Rechtsposition des Beraters und blendete Fragen der Wirkung eines Fernsehbeitrags beim Publikum vollständig aus (dies auch die berechtigte Kritik von Riklin, *medialex* 2008, 185). Missstände in einer Branche lassen sich wohl fast immer irgendwie indirekt beschreiben, ohne dass sie mit Bildmaterial dokumentiert werden.
- 20 Das Bundesgericht richtete sich generell gegen die fernsehgerechte Illustration eines weit verbreiteten Übels anhand einzelner authentischer (anonymisierter) Beispiele. Dabei übte das Bundesgericht wenig Zurückhaltung in der (ab)wertenden Beurteilung der journalistischen Handwerksleistung durch die angeklagten Medienleute. Es belehrte sie, wie eine Fernsehredaktion Beiträge fachkundig zu gestalten hat, damit sie den wirklichen (d.h. von der Justiz vermuteten) Informationsbedürfnissen des Publikums zu genügen vermögen. In den Worten des Bundesgerichts: «Durch das inkriminierte Verhalten wurde mithin den Fernsehzuschauern vorgeführt, dass ein konkretes Beratungsgespräch eines bestimmten Versicherungsvertreters mangelhaft war. Das ist indessen eine banale Tatsache. Dass es

unter den zahlreichen Versicherungsvertretern auch solche gibt, die - sei es aus Unfähigkeit, sei es, um Kunden zum Abschluss einer unnötigen oder ungünstigen Versicherung zu veranlassen – schlechte Beratungsgespräche führen, kann als eine Tatsache angesehen werden, die dem durchschnittlichen Fernsehzuschauer bekannt ist. Für die Öffentlichkeit von Interesse wäre aber gerade das Ausmass solcher schlechter Beratungsgespräche».

Es fällt auf, dass sich der EGMR auf solche handwerkliche Fachsimpelei gar nicht erst einlässt («seule importe la question de savoir si le reportage était susceptible de contribuer au débat d'intérêt général et non de savoir si le reportage a pleinement atteint cet objectif».) Im Gegensatz zum Bundesgericht auferlegt sich der Gerichtshof allgemeine Zurückhaltung in Fragen journalistischer Arbeitstechnik. Dies entspricht der Linie, die der EGMR spätestens seit seinem Leiturteil im Fall «Jersild c. Dänemark» vom 23. September 1994, N° 15890/89, Ziff. 31 verfolgt: «Il n'appartient pas à la Cour, ni aux juridictions nationales d'ailleurs, de se substituer à la presse pour dire quelle technique de compte rendu les journalistes doivent adopter.» 21

Vor diesem Hintergrund scheint es folgerichtig, dass der Gerichtshof die Standards der anerkannten Selbstkontrollorgane der Medienbranche in seine Beurteilung einfließen lässt– selbst wenn diese medienethischen Grundsätze für sich genommen keine juristische Verbindlichkeit beanspruchen. Der EGMR stellt in Ziff. 61 der Urteilsbegründung ohne weitere Ausführungen auf die entsprechende Stellungnahme des Schweizer Presserates ab und misst das Verhalten der «Kassensturz»-Verantwortlichen an diesen ausserrechtlichen Grundsätzen. Das ist bemerkenswert und alles andere als selbstverständlich. Die verwirrende Formulierung des von der Kanzlei des Gerichtshofs veröffentlichten Pressecommuniqués belegt es: Anders als die Urteilsbegründung hält die Pressemitteilung fest, die Medienleute hätten sich um die Beachtung der vom schweizerischen *Recht* definierten Sorgfaltsregeln bemüht («volonté de respecter les règles de déontologie journalistique définies par le droit suisse»). Die fraglichen Berufsregeln entspringen wie erwähnt der journalistischen Selbstkontrolle und haben keinerlei Rechtsnatur. Dass vom Presserat formulierte ausserrechtliche Grundsätze in juristischen Verfahren dennoch eine wesentliche Rolle spielen können, belegt das Strassburger Leiturteil zum Einsatz der versteckten Kamera eindrücklich. 22

Dr. iur. Franz Zeller, Bern

RECHTSPRECHUNG / JURISPRUDENCE

1. Verfassungs- und Verwaltungsrecht - Droits constitutionnel et administratif

1.2 Recht des Informationszugangs der Öffentlichkeit - Accès général à l'information

Empfehlung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten vom 10. März 2015 (VBS/ Adressatenliste Weinachts- und Neujahrgrüsse 2013)

Empfängerliste der Adressaten von Glückwunschkarten des Bundespräsidenten existiert nicht

Journalist; Zugangsgesuch

Art. 6 Abs. 1 BGÖ

[Zum Entscheid](#)
.....

1.3 Radio- und Fernsehrecht - Droit de la radiodiffusion

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. März 2015 (A-5144/2013)

Rechtsverweigerung: BAKOM hätte Gesuch erneut prüfen müssen

Kosten; Presseförderung; Rechtskraft; Spezialpresse; überspitzter Formalismus; Wiedererwägung einer Dauerverfügung; Zustellermässigung

Art. 29 BV; Art. 36 Abs. 1 Bst. g, 37 Abs. 1 VPG

[Zum Entscheid](#)
.....

Décision de l'autorité indépendante d'examen des plaintes en matière de radio-télévision du 17 octobre 2014 (b.689)

Affaire Giroud - reportage du Téléjournal jugé conforme à la LRTV

Impression générale du public; présentation fidèle des événements; présomption d'innocence

Art. 4 al. 2 LRTV

[Zum Entscheid](#)
.....

Entscheid der unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen vom 12. Dezember 2014

Mehrfache Erwähnung der Masseneinwanderungsinitiative im Bezug auf den Wegzug grossen Unternehmen war nicht sachgerecht

Freie Meinungsbildung; Masseneinwanderungsinitiative; Sachgerechtigkeitsgebot

Art. 4 Abs. 2 RTVG

[Zum Entscheid](#)
.....

1.7 Weitere verfassungs- und verwaltungsrechtliche Fragen - Autres questions constitutionnelles ou administratives

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Februar 2015 (A-468/2013; A-476/2013)

Kollektivabonnemente für Gewährung der Presseförderung nicht entscheidend

Abonnementsanteile; indirekte Presseförderung; Kollektivabonnement der Gemeinde; Praxisänderung; Unabhängigkeit der Presse; Vielfalt der Presse; Zustellermässigung

Art. 16 Abs. 4 PG; Art. 36 Abs. 1 Bst. a VPG

Zum Entscheid
.....

LITERATUR | LITTÉRATURE

Hödl Elisabeth/Zechner Martin, Was die technologische Singularität für die Medienlandschaft bedeutet, Jusletter, 26. Februar 2015.

Karlen Peter, La redevance sur la radio-TV acceptée par le Parlement est-elle un nouvel impôt?, Plädoyer, Lausanne 2015, S. 17.

Krassnitzer Iris, Medienneutrale Datenaufbereitung und kooperative Mehrfachnutzung von Kollektivverträgen, Jusletter, 26. Februar 2015.

Leitner Peter/Salimi Farsam/Löschl Leopold, Social Media Crime: Taxonomie zur Klassifizierung von Kriminalitätsphänomenen in sozialen Medien und rechtliche Empfehlungen, Jusletter, 26. Februar 2015.

Mielke Bettina/Wolff Christian, Justiz und digitale Öffentlichkeit, Jusletter, 26. Februar 2015.

Pachinger Michael, Das «Google-Urteil», Jusletter, 26. Februar 2015.

Praz Emilie, La protection des données et les réseaux sociaux: l'application des principes généraux de la LPD, Jusletter, 12. Januar 2015.

Stolz Verena, Das Recht auf Löschung personenbezogener Daten im Internet als neues Grundrecht?, Jusletter, 26. Februar 2015.